

*FINANZEN*  
**DER PARTEI**

## VORWORT

## LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

als ich auf unserem Bundesparteitag Anfang 2014 das erste Mal für das ehrenvolle Amt des Schatzmeisters der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands kandidieren durfte, habe ich in meiner Bewerbungsrede betont, dass ich meine zentrale Aufgabe darin sehe, die finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD mit Weitblick langfristig zu bewahren.

Heute, fast sechs Jahre später, ist diese zentrale Aussage für mich nach wie vor der Maßstab meiner Arbeit als Schatzmeister. Allerdings muss ich an dieser Stelle leider auch festhalten, dass die finanziellen Spielräume unserer Partei heute in einer Art und Weise bedroht sind, wie ich mir das bei meinem Amtsantritt nicht habe vorstellen können.

Die SPD hat seit 1998 bei den Bundestagswahlen 10,6 Millionen (–52,7 Prozent) ihrer damaligen Wählerstimmen verloren. Gleichzeitig hat sie in diesem Zeitraum rund 312.000 (–41,3 Prozent) Mitglieder verloren. Die Mitgliedsbeiträge und die staatlichen Mittel je gewonnener Wählerstimme sind aber mit Abstand die beiden größten Einnahmepositionen unserer Partei!

Angesichts dieser dramatischen Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre muss allen Verantwortlichen im Parteivorstand klar sein, dass wir uns nicht länger den Apparat einer 40-Prozent-Partei mit den Einnahmen einer 20-Prozent-Partei leisten können.

Worin liegt unsere zentrale organisatorische Herausforderung? Den strukturellen Mindereinnahmen aufgrund dramatisch gesunkener Wählerstimmen und Mitgliederzahlen steht eine bisher noch zu kostenintensive Organisationsstruktur gegenüber. Das führt zu einem dauernden strukturellen Defizit. Mit anderen Worten: Wir leben über unsere finanziellen Verhältnisse. Schon in meinem Finanzbericht zum letzten ordentlichen Bundesparteitag 2017 hatte ich gefordert, dass wir die bisherige Ausgabenpolitik des SPD-Parteivorstandes auf den Prüfstand stellen und darauf basierend Prioritäten setzen müssen.

Mit dem Amtsantritt von Andrea Nahles als Parteivorsitzende und Thorben Albrecht als Bundesgeschäftsführer und der Wahl von Lars Klingbeil als Generalsekretär hatte sich die gesamte damalige Hausleitung des Willy-Brandt-Hauses uneingeschränkt zu einer konsequenten Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses verpflichtet. Die Grundlage für einen strikten Konsolidierungskurs im Bereich der Parteifinanzen ist damit gelegt worden. Dafür bin ich Lars und Thorben, insbesondere aber Andrea, sehr dankbar!

So konnten wir schon Mitte 2018 ein umfangreiches und ambitioniertes Konsolidierungskonzept für den Betriebshaushalt der Bundespartei auf den Weg bringen. Wir haben daraufhin an vielen Stellen das Budget spürbar gedrosselt.

Wir sind eine Partei, die – wie keine andere – ihre Mitglieder stärker denn je beteiligt. Allerdings haben uns die vielen außerordentlichen Parteitage, Mitgliedervoten, Debattencamps und Regionalkonferenzen in den letzten zweieinhalb Jahren mehrere Millionen Euro gekostet.

Unter der Federführung des Bundesgeschäftsführers und im engen Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dem Betriebsrat haben wir 2019 die Weichen für eine umfassende Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses gestellt. Dabei unschätzbar geholfen hat uns nach dem Rücktritt von Andrea Nahles auch die volle Unterstützung der kommissarischen Parteivorsitzenden, hier insbesondere von Thorsten Schäfer-Gümbel.



Dietmar Nietan MdB, Schatzmeister der SPD, Foto: Susie Knoll

Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer erfolgreichen Konsolidierung der Parteifinanzen ist der am 16.09.2019 gefasste Beschluss des Präsidiums, die Entwicklung der Personalkosten an die zukünftige Einnahmeentwicklung zu koppeln. Bis spätestens 2024 soll sichergestellt werden, dass der Anteil der Personalkosten an den Gesamteinnahmen des Parteivorstandes nicht mehr als 30 Prozent beträgt.

Da bei Redaktionsschluss dieses Finanzberichtes das Ergebnis der zweiten Runde der Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz noch nicht vorlag, will ich an dieser Stelle betonen: Es ist unverzichtbar, dass sich auch die zukünftige Parteiführung dem konsequent eingeschlagenen Weg der Konsolidierung der Parteifinanzen und der Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses verpflichtet. Nur mit Disziplin und dem Willen zur Kontinuität werden wir es am Ende schaffen können, die Finanzkraft der SPD zu sichern.

Seit meinem Amtsantritt treibe ich voran, dass der Parteivorstand und die Landesverbände bzw. Bezirke gemeinsam daran arbeiten, ihre administrativen Aufgaben zu bündeln. Zu den Bereichen, in denen wir mehr zusammenarbeiten könnten, gehören z.B. das Management der Mitgliederdatenbank, die Buchhaltung, der Druck von Unterlagen und der Versand. Notwendig sind dafür gemeinsame Zielvereinbarungen, die unnötige Kosten identifizieren helfen und zugleich auch aktive Mitglieder und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort von Verwaltungsarbeit entlasten. Nur so können wir wieder einen Schwerpunkt auf die politische Arbeit vor Ort setzen.

Nachdem zu Beginn die „Beharrungskräfte“ in einigen Bereichen der Partei sehr stark waren, freue ich mich sehr, nunmehr in meinem dritten Finanzbericht zu bilanzieren, dass wir mittlerweile mit den Landesverbänden im Saarland und in Schleswig-Holstein entsprechende Zielvereinbarungen getroffen haben. Sie ermöglichen die Zentralisierung der Pflege von Mitgliederdaten im Service Center der NRWSPD. Auch die Landesorganisation Bremen nutzt dieses Service Center bereits. Bald werden aller Voraussicht nach auch die Landesorganisation Hamburg, der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und der Bezirk Hannover das Angebot in Dortmund nutzen, sodass dann die Mavis Betreuung für mehr als 50 Prozent unserer Mitglieder im Service Center der NRWSPD sichergestellt würde.

In einem zweiten Schritt möchte ich daran weiterarbeiten, dass der Parteivorstand und die Landesverbände bzw. Bezirke auch in den Bereichen Verwaltung, Organisations- und Personalentwicklung sowie der Kampagnenfähigkeit noch mehr als bisher zusammenarbeiten. Ziel ist auch hierbei, die Gesamtpartei sowohl finanziell, als auch vom Arbeitsaufwand her spürbar zu entlasten.

Dazu habe ich in diesem Jahr den Landes- und Bezirksvorsitzenden meine Vorstellungen für ein gemeinsames Ressourcenmanagement dargelegt: Wir müssen gemeinsam den Einsatz von Ressourcen planen und in den Bereichen EDV, Meinungsforschung sowie weiteren Dienstleistungen (Datenbanken, Mailprogramme, Mavis, Buchhaltung usw.) miteinander abgestimmt investieren. Voraussetzung dafür sind gemeinsame Standards, auf die wir uns verständigen müssen.

Wir arbeiten bereits mit der Office Consult, dem Service Center der NRWSPD und einigen Kolleginnen und Kollegen aus Landesverbänden und Bezirken an ersten Produkten für die Gliederungen in den Bereichen IT und Buchhaltung. Die Einführung wollen wir über den Strukturfonds finanzieren, sodass es für alle Landesverbände und Bezirke für ihre dortigen Einzahlungen zukünftig auch konkrete IT- und Buchhaltungsdienstleistungen als Gegenleistung gibt. Damit leisten wir als Schatzmeisterei unseren Beitrag, einen Rahmen für die Umsetzung der Ideen der OrgaKom für eine gemeinsame bundesweite „IT-Strategie“ zu schaffen.

Als Treuhänder des SPD Unternehmensbereichs fördere ich die qualitative Verbesserung des Angebots der SPD eigenen Unternehmen in den Bereichen Social Media, Podcast, Print, Give Aways, Eventmanagement, EDV und Buchhaltung, um es noch besser auf die konkreten Bedürfnisse der Gliederungen vor Ort auszurichten.

Für einen besseren digitalen Service für die Kassiererinnen und Kassierer und die Mitglieder macht sich auch die Schatzmeisterei stark. So werden wir bald ein webbasiertes Kassenbuch anbieten und jedem Mitglied ermöglichen, seine Beitragsquittungen online abzurufen.

Gemeinsam mit den anderen Abteilungen des Willy-Brandt-Hauses schaffen wir die Voraussetzungen, nach der Bundestagswahl 2021 eine hochmoderne weiterentwickelte „Mavis III“ (neue Personendatenbank) einrichten zu können.

Als eine meiner ersten Amtshandlungen habe ich Anfang 2014 auf Vorschlag des Geschäftsführers der Konzentration GmbH, den Weg geebnet, den Immobilienbereich der SPD zu restrukturieren. Auf das Ergebnis der Neuaufstellung bin ich sehr stolz: Nachdem die Konzentration lange rote Zahlen schrieb, erwirtschaftet sie nunmehr wieder Überschüsse. Diese fließen als Ausschüttungen in den Betriebshaushalt des Parteivorstandes (siehe Punkt 4.1 dieses Finanzberichtes).

Den Kern unseres heutigen Parteivermögens bilden neben unseren Parteihäusern in ganz Deutschland vor allem die in der ddvg gebündelten Medienbeteiligungen. Diese Beteiligungen leisten ebenfalls seit vielen Jahren einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei und sichern zugleich die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen.

Auch als Geschichtsbeauftragter des Parteivorstands erinnere ich daran, dass unser Vermögen auf der Tradition des Kampfes für Freiheit und Emanzipation beruht. Das ist die Richtschnur für den Umgang mit unserem Vermögen. Wir sind historisch gegenüber unseren Genossinnen und Genossen verpflichtet, die mit ihren „Arbeiterroschen“ der SPD eigene Druckereien und Zeitungen im Kampf gegen die Unterdrückung ermöglicht haben. Dieses Vermögen darf nicht kurzfristigen Finanzbegehrlichkeiten der Partei untergeordnet werden. Durch eine umsichtige Unternehmenspolitik wird es auch zukünftig einen spürbaren Beitrag zur finanziellen Unabhängigkeit der SPD leisten!

Die Medien sind in den vergangenen Jahren unter ökonomischen und zuletzt auch unter politischen Druck gekommen. Wenn es salonfähig wird, Worte wie „Lügenpresse“ zu verwenden, dann ist das

ein Angriff auf die freie Presse und das freie Wort. Aufgrund unserer historischen Wurzeln sind unsere Unternehmen in einer besonderen Verantwortung, den Feinden der Freiheit, die zurzeit Morgenluft wittern, entschieden entgegenzutreten: Gegenüber Intoleranz, Rassismus, Nationalismus und Demokratiefeindlichkeit gibt es keine Neutralität. Die ddvg hat sich hierzu bereits klar positioniert und wird dies auch weiter tun.

Wichtig bleibt es aber auch, die ökonomischen Herausforderungen der Digitalisierung zu meistern. Neben Innovation wird es vor allem darauf ankommen, auch unter den Rahmenbedingungen einer zunehmenden Digitalisierung von Medien und Informationen einen qualitativ hochwertigen Journalismus erhalten zu können. Die ddvg setzt sich dafür überall dort ein, wo wir Medienbeteiligungen haben. Doch die ddvg alleine kann nicht verhindern, dass die Tarifstruktur in den Verlagen erodiert. Es braucht hier die Bereitschaft der Tarifparteien, sich auf neue Tarifmodelle zu verständigen, die geeignet sind, dem Wandel in der Medienbranche Rechnung zu tragen.

Als „Unternehmer“ wollen wir als SPD trotz aller Sachzwängen und Restriktionen gerade in der Medienbranche – aber nicht nur dort – unsere Werte in unserem Handeln leben. Ich freue mich deshalb, dass die Kontrollkommission dementsprechend einen Verhaltenskodex für den SPD Unternehmensbereich entwickelt hat. Die ddvg und die Konzentration haben sich bereits dazu verpflichtet, den Kodex anzuwenden.

Auf meinen Vorschlag hin hatte der Parteivorstand in 2017 neue Verhaltensregeln für die Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten beschlossen, die die Verhaltensregeln von 1995 aktualisiert haben. Dabei haben wir das Thema Sponsoring nunmehr klar geregelt. Parteivorstand sowie Landesverbände und Bezirke verpflichten sich, jede einzelne Einnahme von allen gesponserten Veranstaltungen mit dem Namen des werbenden Unternehmens und der dafür gezahlten Summe zu veröffentlichen. Diese Transparenz wird auch von politischen Zusammenschlüssen erwartet, die sich auf die Sozialdemokratie berufen, aber nicht dem Statut der SPD unterliegen. Gleiches gilt für die Unternehmen, die zu 100 Prozent im Eigentum der SPD sind.

Nach einigen Umsetzungsschwierigkeiten in der Anlaufphase, ist es uns mittlerweile gelungen, dass sich alle Gliederungen, die parteinahen Strömungen sowie der parteieigene Unternehmensbereich auf diesen transparenten Umgang mit ihren Sponsoringeinnahmen verpflichtet haben. Einen entsprechenden „Sponsoringbericht“, welcher dies dokumentiert, werde ich der Kontrollkommission und dem Parteivorstand Anfang 2020 vorlegen.

Neu ist auch, dass die Verhaltensregeln Sanktionen bei Verstößen gegen die Verhaltensregeln vorsehen. Dabei fällt der Kontrollkommission die Aufgabe zu, über die Umstände eines möglichen Verstoßes zu beraten und darüber hinaus bei Verstößen mögliche Sanktionen zu prüfen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister unterstützt haben, herzlich bedanken. Ebenso danke ich der Schatzmeister- und Kassierer-Konferenz, der Finanz- sowie der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, stets kollegiale Zusammenarbeit.

Und auch diesmal möchte ich an dieser Stelle allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbare wichtige Arbeit vor Ort ein ganz großes Dankeschön sagen!

Euer  
Dietmar Nietan

EINNAHME-  
ENTWICKLUNG

## DIE EINNAHMEN AUS BEITRÄGEN

Die Einnahmen aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen sind die wichtigste Einnahmequelle der Partei geblieben. Nach einem leichten Rückgang der Einnahmen aus Beiträgen im Jahr 2016 (74,87 Mio. EUR) im Vergleich zum Vorjahr ist die Beitragssumme im Jahr 2017 spürbar angestiegen. Die Partei hat in dem Jahr insgesamt rund 77,94 Mio.

EUR an Beiträgen erhalten. Im Jahr 2018 ist die Summe auf 80,06 Mio. EUR angewachsen.

Die Beitragseinnahmen verteilen sich wie folgt:

	2017	2018
Mitgliedsbeiträge	51,71 Mio. EUR	53,77 Mio. EUR
Mandatsträgerbeiträge	26,23 Mio. EUR	26,29 Mio. EUR

Am 31. Dezember 2017 waren 443.152 Personen Mitglieder der SPD. Damit gab es einen Zuwachs von 10.447 Mitgliedern oder 2,4 Prozent im Vergleich zu 2016. Zum Ende des Jahres 2018 gab es 437.754 Mitglieder. Der langfristige Rückgang der Anzahl der Mitglieder konnte im Wahljahr 2017 gebremst werden. Zum Ende des Jahres 2018 war die Mitgliederzahl höher als zum Ende des Jahres 2016.

Im Jahr 2017 zahlte jedes Mitglied im Durchschnitt einen monatlichen Beitrag in Höhe von 9,83 EUR. Der monatliche Beitrag lag somit 0,36 EUR oder 3,8 Prozent höher als im Jahr 2016.

Die Mitgliedsbeiträge sind die wichtigste Einnahmequelle für die Gliederungsebene der Landesverbände und Bezirke. Weit mehr als die Hälfte der insgesamt von den Mitgliedern gezahlten Beiträgen verbleibt auf dieser Ebene. Der größte Teil der Mandatsträgerbeiträge dient zur Finanzierung der nachgeordneten Gebietsverbände. Von den Gesamteinnahmen dieser Kategorie werden über 80 Prozent von den nachgeordneten Gebietsverbänden vereinnahmt, diese machen knapp 40 Prozent der Gesamteinnahmen auf dieser Gliederungsebene aus.

Durch die stattfindenden Beitragsanpassungen gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung, aber auch durch verschiedene Aktionen für Beitragsehrlichkeit in einigen Landesverbänden, konnte diese wichtige Säule der Finanzierung der Partei gestärkt werden und ein möglicher Einnahmerückgang durch die geringere Anzahl von Mitgliedern und Mandatsträgern ausgeglichen werden.

Je Beitragseuro verbleiben 85 Cent, nach Abzug von Strukturhilfe, Innovationsfonds und dem Anteil für den vorwärts, bei den Landesverbänden und den nachgeordneten Gebietsverbänden. Der Parteivorstand erhält die restlichen 15 Prozent.

Diese regelmäßigen Beiträge sind wichtig, um die Handlungsfähigkeit der Gliederungen sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam und zahlt sich aus, die Mitglieder regelmäßig anzusprechen und sie bitten zu prüfen, ob ein satzungsgemäßer Beitrag gezahlt wird. Solche Ansprachen wurden bereits von einigen Landesverbänden als Aktion zur Beitragsehrlichkeit durchgeführt, hatten jeweils einen spürbar positiven Effekt und werden zur Nachahmung empfohlen. In den regelmäßig stattfindenden Gesprächen zwischen den Schatzmeisterinnen und Schatzmeistern sowie den Finanzverantwortlichen der verschiedenen Gliederungen werden Erfahrungen ausgetauscht und das Wissen über erfolgreiche Maßnahmen weitergegeben.

## DIE STAATLICHE TEILFINANZIERUNG

Die Parteien erhalten laut Parteiengesetz für ihre ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeiten staatliche Mittel als Teilfinanzierung für die Erfüllung dieser Aufgaben. Die Höhe der Zahlungen an die einzelnen Parteien richtet sich nach dem „Grad der Verwurzelung“ der Partei in der Gesellschaft. Als Maßstäbe zur Messung dieses Grades dienen die Anzahl der Wählerstimmen und die Höhe der Zuwendungen durch Beiträge und Spenden natürlicher Personen. Je mehr Wählerstimmen und Zuwendungen eine Partei erhält, desto größer ist der auf diese Partei entfallende Anteil aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Allerdings ist die auf die einzelnen Parteien entfallende Summe auf die Höhe ihrer jährlich selbst erwirtschafteten Einnahmen begrenzt („relative Obergrenze“).

Das jährliche Gesamtvolumen der staatlichen Mittel, die an die Parteien ausgezahlt werden, ist gedeckelt. Diese „absolute Obergrenze“ der Summe der Parteienteilfinanzierung erhöht sich in jedem Jahr um einen Prozentsatz, der anhand eines Preisindexes für eine Partei typische Ausgaben berechnet wird. Diese Obergrenze für alle Parteien lag im Jahr 2017 bei 160.519.363,00 EUR und im Jahr 2018 bei 161.803.517,00 EUR.

Im Jahr 2017 hat die SPD insgesamt 50.785.067,80 EUR staatliche Mittel erhalten. Wegen der Stimmenverluste bei den Wahlen 2017 hat sich der Anspruch der Partei im Jahr 2018 auf 49.210.195,78 EUR reduziert.

Die Parteien erhalten pro Jahr vier Abschlagszahlungen vom Bundestag bzw. den Landtagen. Die Endabrechnung erfolgt am Beginn des Folgejahres, dann werden zu geringe oder zu hohe Zahlungen im Vergleich zu den geleisteten Zahlungen festgestellt. Die Verrechnung erfolgt mit der ersten Abschlagszahlung des Jahres. Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber der Bundestagsverwaltung werden in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufgeführt.

Die absolute Obergrenze wurde für das Anspruchsjahr 2018 durch ein Gesetz auf insgesamt 190 Mio. EUR erhöht. Diese Erhöhung hat dazu geführt, dass der Anspruch der SPD auf staatliche Mittel für das Jahr 2018 höher ausgefallen ist, als im Jahr 2018 ausgezahlt wurde. Der Betrag wurde im Rechenschaftsbericht 2018 bei den Einnahmen aus staatlichen Mitteln verbucht und als Forderung aus der staatlichen Parteienfinanzierung ausgewiesen.

Gegen das Gesetz zur Erhöhung der absoluten Obergrenze ist ein Normenkontrollverfahren anhängig. Bei Redaktionsschluss gab es noch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Sollte das Gesetz keinen Bestand haben, würde die Bundestagsverwaltung den zu viel gezahlten Betrag zurückfordern. Die Differenz zwischen den Beträgen, die der Partei nach den Berechnungen nach altem und nach neuem Recht zustehen, waren dem Vorsichtsprinzip folgend nicht Teil des parteiinternen Finanzausgleichs.

## DIE EINNAHMEN AUS SPENDEN

In Bundestagswahljahren ist die Bereitschaft zu Spenden an die Parteien traditionell höher. Das wirkt sich auch positiv auf unsere Einnahmen aus. 2017 wurden rund 14,5 Mio. EUR an die SPD gespendet. Dies machte einen Anteil von rund 9 Prozent unserer Gesamteinnahmen aus. Damit konnte das Niveau aus dem Bundestagswahljahr 2013 gehalten werden, in dem knapp 15 Mio. EUR an Spenden in die Parteikasse flossen. Allerdings waren es 2009 noch 18,7 Mio. EUR (11 Prozent der Gesamteinnahmen).

Im Jahr 2018 beliefen sich die Spendeneinnahmen auf 7,9 Mio. EUR von natürlichen Personen und 1,5 Mio. EUR von juristischen Personen, dies entspricht einem Anteil von rund 5,5 Prozent der Gesamteinnahmen der SPD.

Während die Unionsparteien und die FDP in weitaus höherem Maße von Unternehmensspenden profitieren, erhält die SPD die meisten Spenden weiterhin von ihren eigenen Mitgliedern und im deutlich geringeren Anteil Spenden aus der Wirtschaft.

Dennoch: auch für unsere Partei sind die Spendeneinnahmen wichtig. Im Durchschnitt machen sie fast 9 Prozent der Gesamteinnahmen der SPD aus. Insbesondere für die Ortsvereine haben sie eine große Bedeutung: Während Mitgliedsbeiträge unter den Gliederungen der Partei verteilt werden, verbleiben Spenden in voller Höhe dort, wo sie eingenommen werden. Sie sind und bleiben eine wesentliche Voraussetzung für die Aktionsfähigkeit für alle Gliederungen der Partei.

Das wichtigste Instrument für die Spendenwerbung des Parteivorstands ist und bleibt vorläufig sicherlich der Spendenbrief.

Aber auch bei den Spenden hält die Digitalisierung Einzug. So wurden schon seit Jahren Spendenmöglichkeiten auf spd.de angeboten. Im Bundestagswahlkampf 2017 wurden diese Instrumente aber erstmals in großem Umfang und sehr erfolgreich in die aktive Spendenwerbung des Parteivorstands einbezogen. Dies wird in den nächsten Jahren nun weiter ausgebaut.

### ANTEIL DER SPENDEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN 1998–2017

JAHR	SPD	IN%	CDU	IN%	CSU	IN%	CDU/CSU	B90/GR.	IN%	FDP*	IN%	LINKE	IN%	AFD	IN%
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16		
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43		
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33		
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05		
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12		
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91		
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51		
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92		
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24		
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89		
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96		
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56		
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52		
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73		
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47		
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32		
2014	15.108	9,34	25.920	17,62	13.623	29,13	39.543	4.747	11,97	7.804	28,95	2.289	8,43		
2015	9.826	6,27	19.809	13,75	5.968	10,11	25.777	4.193	10,48	7.155	27,74	1.903	6,81		
2016	11.097	7,08	22.174	15,32	6.524	16,78	28.698	5.135	12,14	7.449	27,43	1.657	7,45	5.994	38,41
2017	14.549	8,76	35.206	22,47	9.848	22,71	45.054	5.873	13,50	15.072	38,90	2.686	8,50	6.751	36,78
1998– 2017	272.646		527.947		193.311		721.257	90.964		188.569		49.919		12.745	
Durchschnitt		8,46		18,34		23,56			14,91		31,22		10,62		37,60

Angaben in Tsd. Euro (gerundet)

in %: Anteil an den Gesamteinnahmen

Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

FDP\*: Die Partei war zwischen 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

**ANTEIL DER SPENDEN JUR. PERSONEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN  
DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN 1998–2017**

JAHR	SPD	IN%	CDU	IN%	CSU	IN%	GRÜNE	IN%	FDP*	IN%	LINKE	IN%	AFD	IN%
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29		
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32		
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12		
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31		
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24		
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13		
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21		
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16		
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14		
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09		
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43		
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65		
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08		
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10		
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12		
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31		
2014	2.532	1,57	7.910	5,38	3.891	8,32	657	1,66	1.967	7,30	25	0,13		
2015	1.796	1,15	6.389	4,46	2.190	3,71	580	1,45	1.880	7,29	2	0,01		
2016	2.103	1,34	7.048	4,87	2.563	6,59	702	1,66	1.909	7,03	2	0,27	185	1,19
2017	3.173	1,91	12.630	8,06	4.407	10,16	963	2,21	4.622	11,93	3	0,01	167	0,91
1998– 2017	52.513		170.293		73.360		11.510		50.275		909		352	
Durchschnitt		1,63		5,87		8,93		1,83		8,09		0,21		1,05

Angaben in Tsd. Euro (gerundet)

in %: Anteil an den Gesamteinnahmen

Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

FDP\*: Die Partei war zwischen 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

## DIE EINNAHMEN AUS SPONSORING

Für den korrekten und transparenten Umgang mit Sponsoring gilt die interne Sponsoringrichtlinie des Parteivorstandes als Richtschnur sowie die im Jahr 2017 aktualisierten „Verhaltensregeln für die Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten“ der SPD.

Gemäß der Vorgaben (Name des Sponsors und der Veranstaltung, Art und Umfang der Leistung) werden auf der Website der SPD unter der Rubrik Finanzen seit 2017 quartalsweise die Einnahmen veröffentlicht. Nachvollziehbar sind ebenso die Aussteller und Sponsoren seit 2011 aufgelistet.

Die höchste Einnahme wurde im Berichtszeitraum mit der Vermietung von Ausstellerfläche auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2017 erzielt.

Aus der Grafik lässt sich die Entwicklung der Einnahmen ablesen, die mit dem Turnus der ordentlichen Bundesparteitage zusammenhängt.

Der Anteil des Sponsorings an den Gesamteinnahmen beim Parteivorstand liegt in „Parteitagjahren“ bei einem Prozent. In den übrigen Jahren beträgt der Anteil zwischen 0,1 und 0,2 Prozent. Sponsoring unterstützt uns, große Veranstaltungen in Teilen zu finanzieren, die Kassenlage der Partei wird davon jedoch „unter dem Strich“ nur geringfügig beeinflusst.

Wir veröffentlichen die Einnahmen freiwillig, d. h. ohne gesetzliche Verpflichtung. Den Vorwurf, dass über Sponsoring „massiv verdecktes Geld“ in die Parteikasse fließe, können wir damit entkräften. Es ist auf der Website nachvollziehbar, wer wie viel für welche Werbeleistung gezahlt hat.

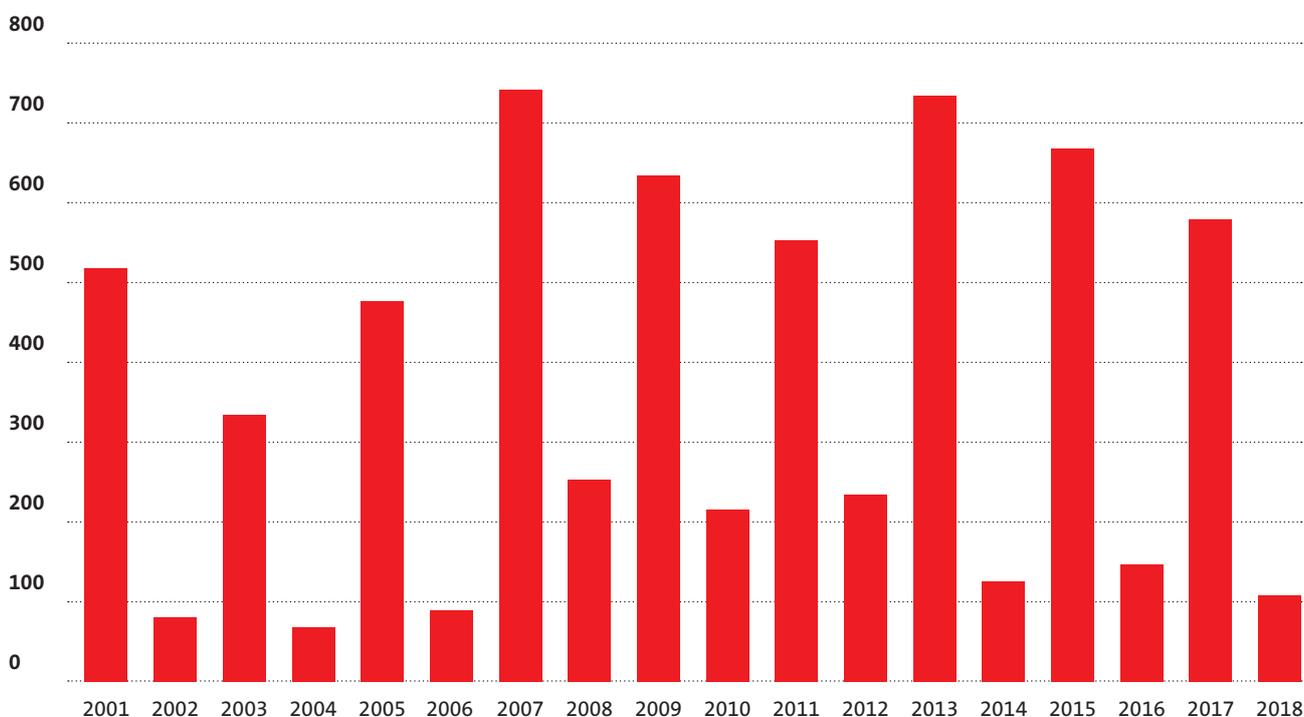
Die Vorgaben zum Sponsoring in den Verhaltensregeln richten sich ebenfalls an die Landesverbände und Bezirke. Appelliert wird auch an die politischen Zusammenschlüsse, die sich auf die Sozialdemokratie berufen, aber nicht dem Statut der SPD unterliegen sowie den Unternehmen, die sich zu 100 Prozent im Eigentum der SPD befinden.

Im Berichtszeitraum wurden die genannten Adressaten 2017 über den konformen Umgang mit Sponsoring informiert. Mitte 2018 ist die Veröffentlichungspraxis systematisch abgefragt worden. Wo es noch Lücken gab, wurde ausdrücklich auf die Definition von Sponsoring und die Transparenzvorgaben hingewiesen. Eine „Anpassungszeit“ wurde bis Mitte 2019 gewährt.

Jährlich wird der Schatzmeister dem Parteivorstand und der Kontrollkommission über die Einhaltung berichten. Bei Verstößen berät die Kontrollkommission und prüft mögliche Sanktionen.

**Weitere Informationen und Übersichten zu Sponsoring unter [www.spd.de/partei/organisation/finanzen/downloads-finanzen/](http://www.spd.de/partei/organisation/finanzen/downloads-finanzen/)**

### EINNAHMEN DES SPD PARTEIVORSTANDES AUS SPONSORING UND VERMIETUNG VON STANDFLÄCHEN 2001-2018 IN TSD. EURO



## DIE EINNAHMEN AUS VERMÖGEN

Eine weitere wichtige Säule der Finanzierung der Partei, insbesondere des Parteivorstands, sind die Einnahmen aus den Beteiligungen der SPD. Dabei handelt es sich um die jährlichen Ausschüttungen des Unternehmensbereichs, bei dem es sich im Wesentlichen um die Medienholding ddvg und die Konzentration GmbH handelt.

Die Zahlungen der Deutschen Druck- und Verlagsanstalt (ddvg) bilden den größten Anteil an den Ausschüttungen. Im Jahr 2017 gab es von der ddvg eine Ausschüttung in Höhe von 4,0 Mio. EUR, im Jahr 2018 in

Höhe von 5,5 Mio. EUR (jeweils netto) an den Parteivorstand. Diese Einnahmen werden zum einen zur Tilgung der Raten für das Willy-Brandt-Haus und zum anderen zur Finanzierung der Parteiarbeit genutzt.

Der historisch gewachsene Unternehmensbereich, von dem die Medienbeteiligungen, Grundstücke und Immobilien der Partei zum größten Teil verwaltet werden, leistet einen wichtigen Beitrag zur annähernden Chancengleichheit mit den politischen Gegnern, die über sehr viel höhere Spendeneinnahmen verfügen.

## PARTEIINTERNER FINANZAUSGLEICH

Die Landesverbände und Bezirke erhalten ein Drittel der im Rahmen der staatlichen Parteienteilfinanzierung für die SPD festgesetzten Mittel. Zwei Drittel verbleiben beim Parteivorstand. Im Jahr 2017 hat der Anteil der staatlichen Mittel an den Gesamteinnahmen des Parteivorstands bei knapp 57 Prozent gelegen, 2018 bei 60 Prozent.

Die Berechnung der Verteilung der staatlichen Mittel an die Landesverbände und Bezirke ist an das Berechnungsmodell des Parteiengesetzes für die Verteilung an die Parteien angelehnt. In beiden Fällen sind die Anzahl der Wählerstimmen und die Summen der Zuwendungen maßgeblich für die Höhe der Zuwendungen. Ein Landesverband mit vielen Wählerstimmen und hohen Beitrags- und Spendeneinnahmen erhält einen höheren Anteil der Mittel.

Strukturschwache Landesverbände und solche, die negative politische Brüche zu verkraften haben, werden durch Ausgleichsmechanismen des parteiinternen Finanzausgleichs materiell unterstützt. Wenn bei Landtagswahlen Stimmenverluste zu verzeichnen waren, wird den betreffenden Gliederungen ein Verlustausgleich gezahlt, der einen Teil der finanziellen Verluste abdeckt. Im Falle starker Verluste im Vergleich zum vorangegangenen Finanzausgleich steht ein jährlich neu festzulegender Glättungsbetrag zur Verfügung, der proportional auf die Gliederungen aufgeteilt wird.

Außerdem gibt es den Strukturfonds, der an Landesverbände und Bezirke gezahlt wird, die besonderer Unterstützung bedürfen. Ziel des

Strukturfonds ist es, zur Finanzierung von Projekten beizutragen, die die jeweilige Gliederung mittel- und langfristig stärken. Dies können Maßnahmen zur Finanzierung der Ausbildung von Personal sein, wie es durch das Trainee-Programm erfolgt. Projekte, die zur Effizienzsteigerung der Verwaltung beitragen, können ebenfalls gefördert werden.

In den Berichtsjahren betrug das Budget des Strukturfonds jeweils 800.000 EUR pro Jahr.

Diese Ausgleichsmechanismen sind Instrumente der Solidarität der Landesverbände und Bezirke untereinander, um Gliederungen mit Strukturproblemen und in Umbruchsituationen zu stärken und dem Gedanken des Ausgleiches von Chancen Rechnung zu tragen.

Im Jahr 2017 wurden 11,9 Mio. EUR und im Jahr 2018 11,5 Mio. EUR im Rahmen des parteiinternen Finanzausgleichs an die Landesverbände und Bezirke ausgezahlt. Es wurden 5,1 Mio. EUR (2017) bzw. 5,0 Mio. EUR (2018) staatliche Mittel direkt von den jeweiligen Landtagen an die Gliederungen gezahlt.

Der folgenden Tabelle können die Summen der den jeweiligen Gliederungen insgesamt gezahlten staatlichen Mittel entnommen werden. Dazu gehören die Zahlungen des Bundestages und der Landtage sowie die Zahlungen aus dem parteiinternen Finanzausgleich inklusive der Ausgleichsmechanismen.

GLIEDERUNG	ENDGÜLTIG BEIM JEWEILIGEN VERBAND VERBLEIBENDER BETRAG	
	2017	2018
Parteivorstand	32.273.828,85 €	32.726.797,63 €
LV Schleswig Holstein	682.048,56 €	668.726,03 €
LV Mecklenburg-Vorpommern	259.289,38 €	234.843,80 €
LO Hamburg	454.935,20 €	434.031,45 €
LO Bremen	220.080,46 €	208.829,70 €
LV Niedersachsen	739.366,96 €	737.904,09 €
BZ Nord-Niedersachsen	184.778,96 €	165.561,46 €
BZ Weser-Ems	355.855,84 €	335.568,52 €
BZ Hannover	692.796,40 €	720.826,18 €
BZ Braunschweig	246.035,76 €	230.527,70 €
LV Sachsen-Anhalt	239.118,36 €	242.132,05 €
LV Brandenburg	419.686,96 €	401.460,47 €

GLIEDERUNG	ENDGÜLTIG BEIM JEWEILIGEN VERBAND VERBLEIBENDER BETRAG	
	2017	2018
LV Berlin	642.744,88 €	647.341,79 €
LV Nordrhein-Westfalen	4.278.015,62 €	4.214.084,47 €
LV Hessen	531.025,64 €	335.061,82 €
BZ Hessen-Nord	306.380,60 €	283.780,03 €
BZ Hessen-Süd	785.261,84 €	790.276,78 €
LV Thüringen	239.469,38 €	239.719,23 €
LV Sachsen	349.336,92 €	288.966,37 €
LV Saar	397.303,82 €	368.546,40 €
LV Rheinland-Pfalz	1.116.001,44 €	1.084.395,83 €
LV Baden-Württemberg	1.557.803,70 €	1.527.166,37 €
LV Bayern	2.239.030,25 €	1.845.841,85 €
<b>Summe</b>	<b>49.210.195,78 €</b>	<b>48.732.390,02 €</b>

## DIE HAUSHALTSJAHRE 2017 UND 2018 – BESONDERE HERAUSFORDERUNGEN

### MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTS- ENTWICKLUNG

Die Haushaltsjahre 2017 und 2018 standen unter dem Zeichen besonderer Herausforderungen. Neben der Aufstellung und Bewirtschaftung des Wahlkampfhaushaltes für die Bundestagswahl und dem Vorwahlkampfbudget zum Europawahlkampf musste auch ein Mitgliedervotum finanziert werden.

Die wichtigsten Einnahmequellen sind neben den Spenden nach wie vor die Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 19,4 Prozent (2015/2016: 20,4 Prozent) während der Anteil der staatlichen Mittel 65 Prozent betrug (2015/2016: 70 Prozent), inkl. der ausgezahlten Mittel nach dem neuen Parteiengesetz, für die ggf. eine Rückzahlungsverpflichtung für die kommenden Jahre besteht, sofern der Novellierung nicht stattgegeben wird. Insgesamt sind die Einnahmen weiterhin rückläufig.

Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit und satzungsgemäßer Parteiarbeit entsprach einem Anteil von 21,1 Prozent gegenüber 2015/2016 einem Anteil von 23,2 Prozent.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV und der Restrukturierung des Unternehmensbereiches entsprachen 2015/2016 einem Anteil von 32,1 Prozent und im Berichtszeitraum 34,9 Prozent. Der Anteil der Transferleistungen inkl. Strukturhilfe an den Gesamtausgaben beträgt im Berichtszeitraum 8,2 Prozent, wie auch in 2015/2016.

Zusätzlich erhielten die Landesverbände und Bezirke im Rahmen des Bundestagswahlkampfes ca. 1,7 Mio. EUR Wahlkreiszuschüsse.

Die Wahlkreise hatten erstmals die Möglichkeit die reguläre Unterstützung in Höhe von 7 TEUR pro Wahlkreis zu wählen oder aber eine Unterstützung in Höhe von 5 TEUR pro Wahlkreis zzgl. 4 TEUR für Post oder Plakate.

Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben lag im Berichtszeitraum analog zum Zeitraum 2015/2016 bei ca. 34 Prozent.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an

den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Wahlkampfzentrale für den Bundestagswahlkampf befand sich im Willy-Brandt-Haus. Für den Bundestagswahlkampf wurden im Vorwahlkampf im Jahr 2016 bereits rund 2 Mio. EUR aufgewendet, im Jahr 2017 ca. 25,5 Mio. EUR (inkl. Personalkosten, Sachausgaben und Transferleistungen). Aufgrund der finanziellen Situation wird das Budget für die anstehende Bundestagswahl in 2021 deutlich geringer ausfallen müssen.

Für den Vorwahlkampf zur Europawahl wurden im Jahr 2018 bereits rund 1,4 Mio. EUR aufgewendet.

Eine große Herausforderung war auch das Mitgliedervotum im März 2018.

Die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 1,19 Mio. EUR, wobei zwei Drittel durch den Parteivorstand und ein Drittel durch die Landesverbände und Bezirke getragen wurden.

Die Weiterberechnung an die Landesverbände und Bezirke erfolgt, laut Beschluss der Schatzmeister/-innen- und Kassierer/-innen-Konferenz, mit der Verrechnung des parteiinternen Finanzausgleichs 2019.

Sowohl die Schatzmeister/-innen- und Kassierer/-innen-Konferenz, als auch die Kontrollkommission stellten fest, dass die Mittelbewirtschaftung, sowie die Art und Weise der Kostenteilung nachvollziehbar und gerechtfertigt waren.

Die Kosten verteilten sich wie folgt: Produktion und Verarbeitung der Abstimmungsunterlagen ca. 707 TEUR, die Umfangerweiterung des vorwärts mit dem abgedruckten Koalitionsvertrag ca. 82 TEUR, Mediakosten ca. 42 TEUR, sieben Re-

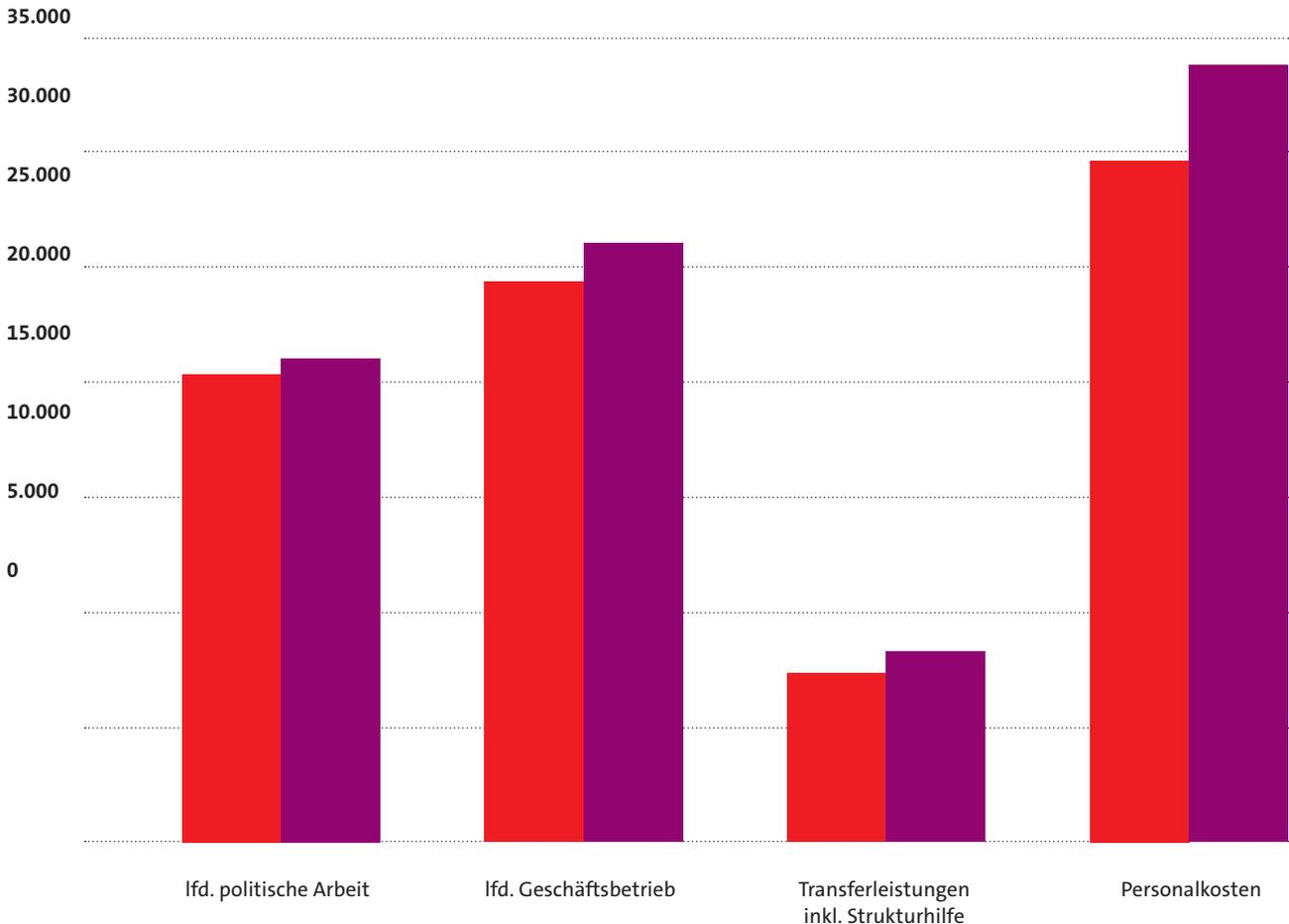
gionalkonferenzen ca. 260 TEUR, Auszählung ca. 64 TEUR, Notar und Mandatsprüfungs- und Zählkommission ca. 31 TEUR.

Die Auszählung und Verkündung des Ergebnisses fand am 04. März 2018 im Willy-Brandt-Haus statt.

Neben der unterjährig regelmäßigen Prüfung der Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes durch die Kontrollkommission wurde die Haushaltsführung für die Jahre 2017 und 2018 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen.

**AUSGABEN IM VERGLEICH 2015/2016 ZU 2017/2018 IN TSD. EURO**

■ 2015/2016 ■ 2017/2018



**STRUKTURHILFEN FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE**

**SICHERUNG EINER HANDLUNGSFÄHIGEN ORGANISATION**

Die Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände wurde bereits 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossen.

Seither dient sie der Sicherung einer handlungsfähigen Organisation und wird durch die Mitglieder aller Bundesländer getragen.

Von jedem Mitgliedsbeitrag werden 0,26 EUR je Monatsbeitrag einbehalten.

Die ostdeutschen Landesverbände erhielten im Berichtszeitraum 2017/2018 hieraus insgesamt 2,7 Mio. EUR.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von 525 TEUR geleistet, wobei auf das Jahr 2017 300 TEUR und 225 TEUR auf das Jahr 2018 entfallen.

Für das Jahr 2017 ergibt sich somit ein Gesamtbetrag in Höhe von 1,67 Mio. EUR und für das Jahr 2018 1,58 Mio. EUR.

Über die Strukturhilfen hinaus wird es nach wie vor für die Zukunft unserer Partei als Volkspartei von entscheidender Bedeutung sein, wie es uns als Parteivorstand gemeinsam mit den ostdeutschen Landesverbänden gelingt, die Verankerung der SPD in der Fläche in den neuen Ländern wieder voran zu bringen.

## IMMOBILIENBEREICH

## UNTERNEHMENSBEREICH

### KONZENTRATION GMBH UND VERWALTUNGSGESELLSCHAFT BÜROHAUS BERLIN MBH

Die Partei blickt auf eine lange und wechselvolle Geschichte „ihrer“ Immobilien zurück, die die Irrungen und Wirrungen des 20. Jahrhunderts widerspiegeln. Genossinnen und Genossen haben in der Vergangenheit mit ihrem Einsatz (und Geld) ein Portfolio an Immobilien geschaffen, das untrennbar mit der Geschichte der SPD, ihrer politischen Arbeit und ihrem Widerstand gegen Totalitarismus und Unfreiheit verbunden ist. So wurde das Vermögen der Partei zweimal enteignet, einmal von den Nazis und einmal im Zuge der „Zwangsvereinigung“ in den heutigen neuen Bundesländern. Erst 2016 konnte die Phase der sogenannten „Restitution“, d. h. der Rückgabe enteigneten Vermögens in der ehemaligen DDR, abgeschlossen werden, mehr als 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung.

Dieses historische Erbe stellt eine besondere Verantwortung dar, sowohl für den Parteivorstand als (satzungsgemäßem) Eigentümer als auch für die Konzentration, die mit der treuhänderischen Verwaltung betraut ist.

Für die Parteiarbeit stellten die „Parteihäuser“ in der Vergangenheit eine wichtige organisationspolitische Säule dar, die eine kontinuierliche Parteiarbeit ermöglichte. Auch heute stellt Immobilieneigentum vielerorts einen stabilisierenden Faktor für die politische Arbeit vor Ort dar – auch im Falle von Wahlniederlagen mit ihren personellen, finanziellen und organisatorischen Folgen – lassen sich örtliche, regionale Strukturen und Netzwerke aufrechterhalten, solange eine zentrale Anlaufstelle vorhanden bleibt.

Heute ist das Immobilienvermögen in der Konzentration GmbH und der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH als Obergesellschaften organisiert. Erstere hält treuhänderisch für den Parteivorstand, aber auch im eigenen Betriebsvermögen sowie als Gesellschafterin einiger lokaler Immobiliengesellschaften, die Parteihäuser und eigenen Immobilienbesitz. Letztere verwaltet und betreibt das Willy-Brandt-Haus in Berlin – ebenfalls treuhänderisch für den Parteivorstand.

Wie im letzten Finanzbericht ausgeführt, hat die Konzentration GmbH eine mehrjährige Restrukturierung im Auftrag des Schatzmeisters erfolgreich absolviert, die zu einer deutlichen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Basis und ihrer Zukunftsaussichten geführt hat. Der bilanzielle Verschuldungsgrad der Konzentration GmbH betrug 2012 noch 131 Prozent, er konnte zum 31.12.2018 auf 109 Prozent des Immobilienvermögens gesenkt werden und wird in den folgenden Jahren weiter sinken. Jedoch ist es bis zum angestrebten mittelfristigen Ziel von 50 bis 70 Prozent noch ein weiter Weg. Auch im Treuhandvermögen ist diese Entwicklung festzustellen: Der Verschuldungsgrad befindet sich hier bereits in dem mittelfristigen Zielkorridor von 50 bis 70 Prozent, leidet allerdings an vielen Standorten unter den nicht oder nur unzureichend vorhandenen Instandhaltungsrücklagen.

Auf Grundlage dieser gestärkten wirtschaftlichen Basis kann der Immobilienbereich erstmals ohne Zuflüsse von außen – etwa in Form umfangreicher Restitutionserlöse wie sie bis 2014 festzustellen waren – beginnen, den Immobilienbestand nachhaltig zu bewirtschaften, Instandhaltungsrücklagen zu bilden und Investitionen zu finanzieren. Daneben hat die Konzentration ihren Geschäftsbetrieb im Zuge des Restrukturierungskonzepts deutlich ausgeweitet, indem zusätzliche reine „Renditeobjekte“, die nicht der Parteiarbeit dienen, dem Portfolio hinzugefügt wurden. Das hat zu einer deutlichen Umsatzausweitung zwischen 2012 und 2018 geführt (durchschnittlicher Zuwachs 11,5 v.H. jährlich zwischen 2013 und 2018).

Insgesamt gibt es – trotz des nach wie vor hohen Schuldenstands – inzwischen genügend Bewegungsspielraum, um auch Ausschüttungen an die Partei zu leisten. Diese werden ausschließlich aus dem

„Rendite-Bereich“ des Portfolios geleistet, gehen also nicht zu Lasten der Mieten, die die Partei in den Objekten selbst leistet und die verwendet werden, um die Kosten der Bewirtschaftung, Instandhaltung und Investitionen zu finanzieren.

Im Jahr 2018 hat der Immobilienbereich erstmals 150 TEUR an die Partei ausgeschüttet, 2019 waren es 200 TEUR und 2020 werden es nach derzeitigem Stand 250 TEUR (jeweils netto) sein. Da der Immobilienbereich einen sehr gut planbaren und stabilen Geschäftsverlauf aufweist, hat die Konzentration die Garantie übernommen, ein einmal erreichtes Ausschüttungsniveau für die jeweils folgenden 5 Jahre als Untergrenze der Ausschüttungen zu garantieren. Das verschafft dem Parteivorstand die Möglichkeit, im Rahmen seiner mittelfristigen Finanzplanung mit verlässlichen, zukünftigen Einnahmen planen zu können.

Die Tilgung der für den Neubau des Willy-Brandt-Hauses aufgenommenen Darlehen schreitet planmäßig voran – auch dank der Ausschüttungen der ddvg, die dort über die Tilgungen nachhaltig reinvestiert werden. Zugleich hat der Parteivorstand Büro-Flächen freigemacht, die an „Dritt-Mieter“ vermietet werden konnten, um damit die Kostenbelastung für den Parteivorstand zu reduzieren.

So erfreulich die Entwicklung in wirtschaftlicher Hinsicht auch ist, sie wird auch getrieben durch die hohe nicht gedeckte Nachfrage nach Wohnraum. Dies wird spürbar an der teilweise extrem hohen Anzahl an Interessensbekundungen bei freien Wohnungen innerhalb weniger Stunden.

Grundsätzlich werden marktgerechte Mieten verlangt, stets im mittleren Bereich der von Mietenspiegeln (soweit vorhanden) und anderen regionalen Statistiken vorgegebenen Bandbreiten. Wir streben ein faires und konstruktives Miteinander mit Mieterinnen und Mietern sowie Dienstleistungs- und Handwerksunternehmen an.

Da wir uns zum Ausbau unseres Rendite-Bereichs zeitweilig auch auf der Käuferseite bewegen, sehen wir auch die z.T. besorgniserregenden Preisentwicklungen in gefragten Lagen und haben die aktive Suche nach geeigneten Objekten in diesen „hotspots“ (z.B. fast ganz Berlin) eingestellt. Wir verstehen uns als reiner Bestandhalter, wir „filetieren“ nicht und spekulieren nicht; ohne „spekulativen Faktor“ sind aber die dort häufig anzutreffenden Preisvorstellungen nicht mehr zu erfüllen.

Erfreulicherweise konnte in den vergangenen Jahren auch die Rolle als „Quartiermeisterin“ der Partei ausgefüllt werden: Neben dem Neubau des Herbert-Wehner-Hauses in Dresden, dessen Flächen der Landesverband Sachsen jüngst in Besitz nehmen konnte, hat auch der Landesverband Rheinland-Pfalz mit dem Mainzer „Proviantmagazin“ eine neue Adresse. Wir freuen uns, dass wir hier – wie in anderen Fällen, wo es um kleinere Objekte/Büroetagen ging – behilflich sein konnten. Diese Beratung wird für Gliederungen der SPD kostenlos angeboten.

Grundsätzlich kann der Immobilienbereich damit wichtige Funktionen für die Partei übernehmen: Sei es als Teil der Vermögensverwaltung (Ausschüttungen), als Dienstleister/Quartiermeister, der Flächen für die Parteiarbeit zu günstigen Kosten bereitstellt und ein historisches Erbe pflegt, für das Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch Leib und Leben riskiert haben. Die Immobilien helfen dabei mit, der Partei ein organisatorisches „Gerüst“ zu geben und sind gleichzeitig auch „Sicherungsobjekt“ für kreditgebende Banken, um ggf. schnell Kredite für außergewöhnliche politische Situationen zu erhalten.

## DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

### DIGITALE TRANSFORMATION DES KERNGESCHÄFTS

In den vorvergangenen Jahren hatte sich die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg) darauf konzentriert, mithilfe ihrer Tochtergesellschaft 2WI (Zwei Welten Investments GmbH) digitale Lösungen als Angebot für Regionalverlage zu entwickeln. Im Berichtszeitraum rückte die digitale Transformation der regionalen Medienhäuser und ihrer Kernprodukte stärker in den Vordergrund.

Die Digitalisierung des Kernprodukts bedeutet angesichts sinkender Erträge aus dem Printgeschäft, ein erhebliches Maß an Investitionsmitteln. Sie erfordert außerdem eine umfassende Reorganisation aller Bereiche der jeweiligen Verlagshäuser. Last but not least müssen die traditionsreichen Zeitungshäuser einen massiven Kulturbruch wagen: Das zeigt sich schon daran, dass es keinen Redaktionsschluss mehr gibt und die gesamte Produktion auf die Veröffentlichung in den Online-Kanälen ausgerichtet ist. Ganz wesentlich ist auch, dass Erfolg oder Misserfolg von Texten im digitalen Markt in Echtzeit messbar sind. Die jahrzehntelangen gültigen Arbeitsabläufe und Hierarchien verlieren damit ihre Gültigkeit und werden durch eine neue Arbeits- und Führungsweise ersetzt. Dies verlangt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr viel ab.

Ansatzpunkt für die Transformation der Unternehmen ist vor allem die Entwicklung von digitalen journalistischen Qualitätsprodukten und die daran anschließende Einführung **digitaler Abomodelle (Paid Content)**.

Die Madsack Mediengruppe (ddvg-Beteiligungsquote 23,1 Prozent) produziert und steuert mit ihrem RND Digital Hub eine ganze Reihe digitaler Nachrichtenangebote regionaler Tageszeitungen. Im Juli 2019 haben Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) und die Hannoversche Neue Presse (NP) ein digitales Aboangebot auf den Markt gebracht.

Die Neue Westfälische (NW) aus Bielefeld (ddvg-Beteiligungsquote 100Prozent) ist mit ihrer Digitaloffensive „NW21“ im Frühjahr 2018 gestartet und hat Anfang September 2019 ihr digitales Angebot mit einem Abomodelle versehen. Außerdem hat die NW an mehreren Standorten mit der Plattform „Lokalportal“ ein neues Angebot geschaffen. Lokalportal vernetzt die Einwohnerinnen und Einwohner einer Nachbarschaft untereinander, und durch die Kooperation mit den NW-Lokalredaktionen erfahren die Nutzerinnen und Nutzer mittels Lokalportal alles, was sie über ihre unmittelbare Umgebung wissen müssen.

Die DDV-Mediengruppe in Dresden (ddvg-Beteiligungsquote 40 Prozent) hat im November 2018 ihr neues Angebot „Sächsische.de“ gestartet, das ebenfalls darauf setzt, Nutzerinnen und Nutzer als Abonnentinnen und Abonnenten zu gewinnen. Hierbei kann die „Sächsische.de“ auf Vorarbeiten des ebenfalls zu DDV gehörenden digitalen Reichweitenmediums Tag24.de (33,8 Mio. Visits im August 2019) aufbauen.

Alle diese Angebote liegen preislich unter 10,00 EUR/Monat und orientieren sich stark an den Erfolgen, die insbesondere mehrere skandinavische Verlage mit ihren digitalen Bezahlmöglichkeiten vorweisen können. Allerdings ist einerseits noch nicht geklärt, inwiefern diese skandinavischen Erfahrungen auf Deutschland übertragbar sind. Zum anderen ist es auch den skandinavischen Verlagen bislang noch nicht gelungen, die wegbrechenden Printerlöse ausreichend durch digitale Vertriebsumsätze auszugleichen.

Deshalb wird sich die Suche nach einem funktionierenden digitalen Geschäftsmodell nicht auf Paid-Content-Varianten beschränken dürfen, sondern auch digitale Werbeerlöse und andere Umsätze werden gebraucht, um weiter Qualitätsjournalismus im Lokalen finanzieren zu können.

Ein Weg hierzu ist die **Etablierung lokaler Plattformen**, die umfassend über alles lokal Relevante informieren und sowohl vermarktungsfähige Reichweite bieten, als auch die Nutzerinnen und Nutzer zum Abo-Produkt hinführen (Funnel-Funktion). Mit dem oben erwähnten Lokalportal (das über die ddvg-Tochter 2WI zu 50,16Prozent gehalten wird) hat die ddvg ein entsprechendes Angebot geschaffen, das bei der NW zur Umsetzung gelangt und sowohl national wie international reges Interesse hervorgerufen hat.

Schwieriger erweist sich die erfolgreiche Umsetzung des anderen von 2WI vorangetriebenen Startups „Locafox“. Locafox konnte zwar ein technisch hervorragendes all-in-one-Kassensystem im Markt platzieren; der Aufbau einer werbefinanzierten Umsatzsäule in Kooperation mit Regionalverlagen mittels sog. local inventory ads ist jedoch nicht im erhofften Maß vorangekommen.

Darüber hinaus hatte die ddvg schon im vorvergangenen Berichtszeitraum mehrere Investitionen im Bereich von Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz gestartet. Im Hinblick auf den 2015 gestarteten ÖKO-Test-Ableger in China hat sich die ddvg Ende 2018 zur Veräußerung entschieden, unter anderem weil sich die chinesischen Partner nicht mehr in ausreichendem Maß an der Finanzierung der Weiterentwicklung des Portals beteiligen wollten.

Die über die Green Lifestyle GmbH (GLG) zu 100Prozent gehaltene Online-Plattform Utopia.de konnte im Berichtszeitraum ihre Position ausbauen: Mit 6,8 Mio. monatlichen Visits hat Utopia im Jahr 2019 die Schwelle zur Profitabilität überschritten und kann das weitere Wachstum aus eigener Kraft finanzieren. Seit dem Jahr 2018 unterstützt Utopia zudem das Digitalgeschäft von Öko-Test. Im Ergebnis ist es Utopia gelungen, die Reichweite von Öko-Test (die aufgrund von Entscheidungen des alten Managements auf unter 0,4 Mio. Visits gesunken war), wieder in den siebenstelligen Bereich zu steigern. Die zuvor schlechte Performance des Online-Angebots von ÖKO-Test und die negative Entwicklung des Geschäfts waren Anfang 2018 Anlass für eine Trennung vom bisherigen Management. Nachdem im Jahr 2018 mit großer Kraftanstrengung der Fortbestand von ÖKO-Test erreicht werden konnte, konnte in 2019 damit begonnen werden, das Unternehmen für die Zukunft fit zu machen. Nach derzeitigem Stand kann ab 2020 die Gewinnschwelle wieder erreicht werden.

Die dritte von GLG gehaltene Beteiligung, Avocadostore.de, konnte im Berichtszeitraum Reichweite, Umsatz und Ertrag steigern und wird Ende 2019 Break-Even erreicht haben.

Alles in allem ist es GLG damit gelungen, beide neueren Investments über die verlustreiche Startphase zu bringen und Digitalkompetenzen zu bündeln, die auch ÖKO-Test für die Zukunft benötigt.

### POSITIVE ERGEBNISSE DER DDVG

Das Betriebsergebnis der ddvg zeigt mit 13,5 Mio. EUR (2017) und 15,4 Mio. EUR (2018) ein durchgängig positives Bild. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von 4,4 Mio. EUR (2017) bzw. 13,6 Mio. EUR (2018) spiegelt die robuste Verfassung der ddvg wider.

Der Schwerpunkt des Portfolios der ddvg war, wie oben erwähnt, auch im Berichtszeitraum das regionale Verlagssegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 17,3 Mio. EUR (2017) bzw. 18,6 Mio. EUR (2018). Diese Ergebnisse beinhalten auch Ausschüttungen zuvor thesaurierter Gewinne einer Tochtergesellschaft. Ohne diese Sondereffekte würde deutlicher, dass insbesondere die hohen Zustellkosten auf der einen und die sinkenden Vertriebs- und Werbeumsätze auf der anderen Seite stark auf die Ergebnisse drücken. Im Übrigen haben sich auch die Mehraufwendungen für die Pensionsrückstellungen einiger Unternehmen bedingt durch die anhaltende Niedrigzinssituation fortgesetzt.

### WEITERE GESCHÄFTSBEREICHE

Der SPD-Reiseservice verzeichnet weiter guten Zuspruch aus der Mitgliedschaft und dem Umfeld der Partei und hat mit Verdi-Reisen ein weiteres interessantes Aufgabenfeld erschlossen, in dem die Kompetenz für Politik-, Gruppen- und Kulturreisen zum Tragen kommen kann.

Die Services für die SPD und deren Mitglieder konnten nochmals deutlich erweitert werden: Anfang 2018 hat der SPD-Shop zusammen mit der tarifgebundenen Druckerei Dräger-Wullenwever (ddvg-Beteiligung 70 Prozent) nun auch das Gestaltungsportal für die Partei integriert.

## FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2017 IM VERGLEICH

Für den Vergleich der Finanzen von SPD und den Unionsparteien wurden die Daten aus den Rechenschaftsberichten 2017 herangezogen, da die Rechenschaftsberichte von CDU und CSU für 2018 bei Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht waren.

Die Gliederungen der SPD haben im Jahr 2017 Einnahmen in Höhe von insgesamt 166,1 Mio. EUR verzeichnet. Die CDU hatte im gleichen Zeitraum Einnahmen in Höhe von 156,7 Mio. EUR, die CSU in Höhe von 43,4 Mio. EUR. Die Unionsparteien konnten somit insgesamt ca. 200,1 Mio. EUR vereinnahmen.

47 Prozent der Einnahmen der Partei stammten im Jahr 2017 aus Beiträgen. Der Anteil der Mitgliedsbeiträge an den Gesamteinnahmen der SPD lag bei 31 Prozent, die Mandatsträgerbeiträge machten knapp 16 Prozent aus.

Die staatlichen Mittel hatten einen Anteil von 29,6 Prozent an den Einnahmen. Die CDU finanzierte sich 2017 zu 36,8 Prozent aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen, die CSU zu 32,3 Prozent.

Die Unionsparteien profitieren weiterhin von Spenden von natürlichen Personen und im Vergleich zur Sozialdemokratie absolut und überproportional von denen juristischer Personen.

Der SPD wurden bundesweit von juristischen Personen 3,1 Mio. EUR gespendet, dies bedeutet anteilig 1,9 Prozent der Gesamteinnahmen. Die lediglich in Bayern agierende CSU hat 2017 Spenden juristischer Personen in Höhe von 4,4 Mio. EUR erhalten, dies hat etwas mehr als ein Zehntel der Einnahmen ausgemacht. Die CDU hat 12,6 Mio. EUR oder anteilig 8 Prozent von juristischen Personen erhalten. Die Unionsparteien haben ca. 17 Mio. EUR von Unternehmen erhalten, mehr als fünf Mal so viel wie die SPD.

Von natürlichen Personen hat die SPD insgesamt Spenden in Höhe von 11,4 Mio. EUR (6,85 Prozent der Gesamteinnahmen) erhalten. Die Unionsparteien kommen insgesamt auf 28 Mio. EUR Einnahmen durch Spenden natürlicher Personen, was einem Anteil von 14 Prozent der Einnahmen beider Parteien entspricht.

Die Unionsparteien erhalten bedeutend mehr und größere Spenden von Unternehmen, Arbeitgeberverbänden und vermögenden Privatpersonen. Sie haben von 19, die SPD von 3 natürlichen oder juristischen Personen Zuwendungen von jeweils insgesamt 100.000 EUR oder mehr im Kalenderjahr 2017 erhalten.

Für die SPD sind eine Vielzahl kleinerer Spenden wichtig für die Finanzierung der Parteiarbeit. Die Einnahmen aus dem Unternehmensbereich bedeuten ebenfalls ein hohes Maß an Unabhängigkeit und einen Beitrag zur finanziellen Chancengleichheit mit dem politischen Wettbewerber.

Im Jahr 2017 hat die SPD 181,2 Mio. EUR ausgegeben, davon 56,2 Mio. EUR für Wahlkämpfe. Die CDU hatte Ausgaben von insgesamt 163,9 Mio. EUR, davon entfielen 60,9 Mio. EUR auf Wahlkampfaktivitäten. Die Ausgaben für Wahlkämpfe lagen bei der CSU bei 10,1 Mio. EUR, insgesamt hat die Partei 45,2 Mio. EUR als Ausgaben im Rechenschaftsbericht verzeichnet.

Das Reinvermögen der SPD lag bei 202,5 Mio. EUR. Hauptsächlich wegen der Wahlkampfausgaben verringerte sich das Reinvermögen im Vergleich zum Vorjahr um 15 Mio. EUR. Die CSU hat ein Reinvermögen in Höhe von 38 Mio. EUR, die CDU in Höhe von 157,6 Mio. EUR ausgewiesen.

Im Jahr 2018 ist das Reinvermögen der SPD auf 233,4 Mio. EUR gewachsen.

RECHENSCHAFTSBERICHTE DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN IM VERGLEICH FÜR DAS JAHR 2017

	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		Grüne		Die Linke		FDP		AfD	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
<b>Einnahmen</b>																
Mitgliedsbeiträge	51.705.936,18	31,12	37.573.934,92	23,98	10.332.618,00	23,82	47.906.552,92	23,94	9.777.057,50	22,49	10.042.387,31	31,78	7.857.217,71	20,28	2.990.567,68	16,29
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	26.228.750,32	15,79	20.094.742,17	12,82	3.672.742,36	8,47	23.767.484,53	11,88	9.734.854,87	22,39	4.843.785,49	15,33	2.089.325,02	5,39	662.054,56	3,61
Spenden von nat. Pers.	11.375.818,23	6,85	22.576.258,92	14,41	5.440.941,90	12,55	28.017.200,82	14,00	4.910.019,70	11,29	2.682.994,15	8,49	10.450.190,68	26,97	6.584.019,75	35,87
Spenden von jur. Pers.	3.172.998,38	1,91	12.629.911,08	8,06	4.406.871,48	10,16	17.036.782,56	8,52	962.753,44	2,21	3.420,00	0,01	4.621.847,79	11,93	166.676,80	0,91
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	5.304.007,55	3,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	184,62	0,00	100.000,00	0,32	95.108,58	0,25	211.158,15	1,15
Einn. aus sonst. Vermögen	6.851.228,94	4,12	2.022.577,55	1,29	1.221.150,10	2,82	3.243.727,65	1,62	160.741,01	0,37	34.863,87	0,11	396.171,85	1,02	1.222,31	0,01
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	11.687.440,33	7,03	12.782.222,14	8,16	6.266.935,69	14,45	19.049.157,83	9,52	678.643,23	1,56	264.346,65	0,84	1.357.423,22	3,50	42.749,06	0,23
Staatliche Mittel	49.210.195,78	29,62	48.361.704,25	30,86	11.779.090,46	27,16	60.140.794,71	30,06	15.819.010,95	36,39	12.200.789,91	38,62	11.746.087,14	30,32	7.548.879,14	41,12
Sonstige Einnahmen	608.040,64	0,37	659.447,29	0,42	248.543,95	0,57	907.991,24	0,45	1.429.774,47	3,29	1.422.640,81	4,50	129.622,43	0,33	149.078,57	0,81
<b>Gesamt</b>	<b>166.144.416,35</b>	<b>100,00</b>	<b>156.700.798,32</b>	<b>100,00</b>	<b>43.368.893,94</b>	<b>100,00</b>	<b>200.069.692,26</b>	<b>100,00</b>	<b>43.473.039,79</b>	<b>100,00</b>	<b>31.595.228,19</b>	<b>100,00</b>	<b>38.742.994,42</b>	<b>100,00</b>	<b>18.356.406,02</b>	<b>100,00</b>
<b>Ausgaben</b>																
Personalausgaben	55.024.894,80	30,36	46.339.298,84	28,27	12.265.965,21	27,15	58.605.264,05	28,03	17.710.307,46	37,45	10.737.227,86	32,26	4.955.707,41	12,59	2.660.995,25	12,14
Lauf. Geschäftsbetrieb	29.353.245,69	16,20	27.944.338,25	17,05	6.962.900,41	15,41	34.907.238,66	16,69	6.328.780,54	13,38	4.934.206,89	14,83	7.967.572,31	20,25	2.882.064,27	13,15
Allg. politische Arbeit	33.307.417,20	18,38	26.247.902,50	16,01	14.325.177,46	31,71	40.573.079,96	19,40	6.985.172,96	14,77	7.008.813,34	21,06	7.954.376,03	20,21	2.992.637,66	13,66
Wahlkämpfe	56.218.153,10	31,02	60.866.451,04	37,13	10.111.195,34	22,38	70.977.646,38	33,94	15.849.865,49	33,51	10.488.792,41	31,52	17.457.776,60	44,36	12.974.516,45	59,22
Vermögensverw. einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	6.826.217,05	3,77	1.435.020,96	0,88	964.450,53	2,14	2.399.471,49	1,15	256.420,37	0,54	62.772,30	0,19	48.951,26	0,12	9,50	0,00
sonstige Zinsen	324.677,09	0,18	223.501,64	0,14	393.041,89	0,87	616.543,53	0,29	765,11	0,00	6.509,47	0,02	950.001,80	2,41	5.060,83	0,02
Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
sonstige Ausgaben	180.378,99	0,10	875.601,16	0,53	150.367,31	0,33	1.025.968,47	0,49	162.950,20	0,34	39.955,29	0,12	17.413,98	0,04	168.528,31	0,77
<b>Gesamt</b>	<b>181.234.983,92</b>	<b>100,00</b>	<b>163.932.114,39</b>	<b>100,00</b>	<b>45.173.098,15</b>	<b>100,00</b>	<b>209.105.212,54</b>	<b>100,00</b>	<b>47.294.262,13</b>	<b>100,00</b>	<b>33.278.277,56</b>	<b>100,00</b>	<b>39.351.799,39</b>	<b>100,00</b>	<b>21.910.345,41</b>	<b>100,00</b>
Überschuss/Defizit	-15.090.567,57		-7.231.316,07		-1.804.204,21		-9.035.520,28		-3.821.222,34		-1.683.049,37		-608.804,97		-3.553.939,39	
Reinvermögen	202.469.706,61		157.577.024,85		37.980.401,84		193.557.426,69		41.579.454,88		31.296.174,08		7.240.201,63		10.999.912,28	

## ZUR ARBEIT DER KONTROLLKOMMISSION

Nach dem Organisationsstatut wählt der ordentliche Parteitag eine Kontrollkommission, bestehend aus neun Mitgliedern.

Die Kontrollkommission ist nach § 31 des Organisationsstatuts mit der „Kontrolle des Parteivorstandes sowie für die Behandlung von Beschwerden über den Parteivorstand“ für die Zeit zwischen den Parteitagungen betraut.

Die Mitglieder der Kommission bestätigten bei ihrer konstituierenden Sitzung nach dem Parteitag 2017 die Vorsitzende Brigitte Reckmann in ihrem Amt. Als Stellvertreter wurde Marko Mühlstein gewählt.

Die Überwachung der Einnahmen und Ausgaben des Parteivorstandes, die Entwicklung des Parteivermögens, die Finanzplanung, die Aufstellung des Betriebshaushaltes, die mittelfristige Finanzplanung, die Wahlkampfplanung und -durchführung, sowie die Kontrolle der Tätigkeit des Parteivorstandes stehen im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission.

Mindestens vierteljährlich tagt die Kontrollkommission und prüft regelmäßig, welche Entscheidungen in politischer und kostenwirksamer Hinsicht gefällt oder geplant sind und welche Risiken damit verbunden sein könnten.

Neben der Prüfung der Quartals- und Jahresabschlüsse der Betriebshaushalte befasste sich die Kontrollkommission im Berichtszeitraum auch mit dem Budget des Bundestagswahlkampfes 2017.

Regelmäßig wurden Anmerkungen, Anregungen und Nachfragen mit der Geschäftsführung diskutiert und erörtert. Auch nach den Wechsellagen im Parteivorsitz, Generalsekretariat und Bundesgeschäftsführung konnte diese gute Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Einzelprojekte im Rahmen des Betriebs- und Wahlkampfhaushaltes wurden mit den fachverantwortlichen Büro-, Abteilungs- und auch Referatsleiterinnen und Referatsleiter des Willy-Brandt-Hauses regelmäßig im Rahmen von Haushaltsvollzugsprüfungen erörtert.

Die Kontrollkommission fasste eine Reihe von wichtigen Beschlüssen. Unter anderem wies sie per Beschluss den Parteivorstand an, die Finanzverantwortung wahrzunehmen und forderte diesen u. a. auf, Standards zu überprüfen und Wahlkämpfe zu evaluieren.

Die Kontrollkommission befasste sich auch mit dem Erneuerungsprozess der Partei und dem Ende 2018 beschlossenen Konsolidierungskonzept, das durch den Schatzmeister initiiert und in wesentlichen Teilen verfasst wurde.

Regelmäßige Berichte erfolgten im Berichtszeitraum auch zur Entwicklung der Sozialistischen Internationale, der Arbeit der Progressive Alliance, der Arbeit der Parteischule, der Arbeit der Jusos, Forschung, Mitgliederentwicklung und zum datenbasierten Wahlkampf.

Auch die Entwicklung der Personalkosten und der Neuaufstellungsprozess des Willy-Brandt-Hauses werden von der Kommission regelmäßig thematisiert und mit dem Personalleiter bzw. Bundesgeschäftsführer besprochen. Sowohl der Neuaufstellungsprozess als auch die Entwicklung der Personalkosten und eine zukunftsfähige Personalentwicklungsplanung werden auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Arbeit der Kontrollkommission sein.

Mehrmals jährlich befasst sich die Kontrollkommission auch mit dem Unternehmensbereich.

Bei der Konzentration GmbH entwickelt sich das Restrukturierungs- und Sanierungskonzept positiv.

Jährlich berichten außerdem die Geschäftsführer der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd.vg).

Auf Initiative der Kontrollkommission wurden die Verhaltensregeln von 1995 für die Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten überarbeitet und im Sommer 2017 durch den Parteivorstand beschlossen.

Der Kontrollkommission war es wichtig, dass darin der transparente Umgang mit Sponsoring geregelt wird und als Richtschnur dafür auch über die SPD hinaus bindend ist für die Zusammenschlüsse von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Ein gleichartiger Verhaltenskodex wird für den Unternehmensbereich der SPD im Jahr 2019 erarbeitet.

---

### MITGLIEDER DER KONTROLLKOMMISSION

(AB DEM PARTEITAG 2017)

#### Vorsitzende:

**Brigitte Reckmann** (Gütersloh)

#### Stellvertretender Vorsitzender:

**Marko Mühlstein** (Wallhausen)

#### Weitere Mitglieder:

**Walter Meinhold** (Hannover)

**Renate Drewke** (Köln)

**Norbert Wiczorek** (Rüsselsheim)

**Karin Rehbock-Zureich** (Jestetten)

**Brigitte Fronzek** (Elmshorn)

**Günter Gloser** (Nürnberg)

**Thomas Hitschler** (Südpfalz)

---